

Gastkolumne

Ein Virus verbessert unsere Forschung

Die Corona-Krise verändert die Wissenschaft: Statt auf anonyme Gutachter setzt sie neu auf öffentliche Kritik. Das ist gut so



Caspar Hirschi

Wir leben in den besten aller Zeiten, um heilige Kühe zu schlachten, deren Milch schon lange sauer ist. «Vergeude nie eine gute Krise!», lautet das Motto, das Winston Churchill angedichtet wird, aber erst seit kurzem kursiert. Derzeit bekommt es vor allem die Politik zu hören. Beherzigen sollte es aber auch die Wissenschaft.

Für sie ist Corona bis jetzt tatsächlich eine sogenannte gute Krise, hat sie doch bewiesen, dass ihr Beitrag den Unterschied zwischen Ordnung und Chaos ausmachen kann. Gleichzeitig hat der enorme Zeitdruck die Forschung gezwungen, eingespielte Routinen über Bord zu werfen. Das aber ermöglicht es ihr, sobald sich die Wogen geglättet haben, zu prüfen, was sie vom alten Ballast wirklich noch braucht.

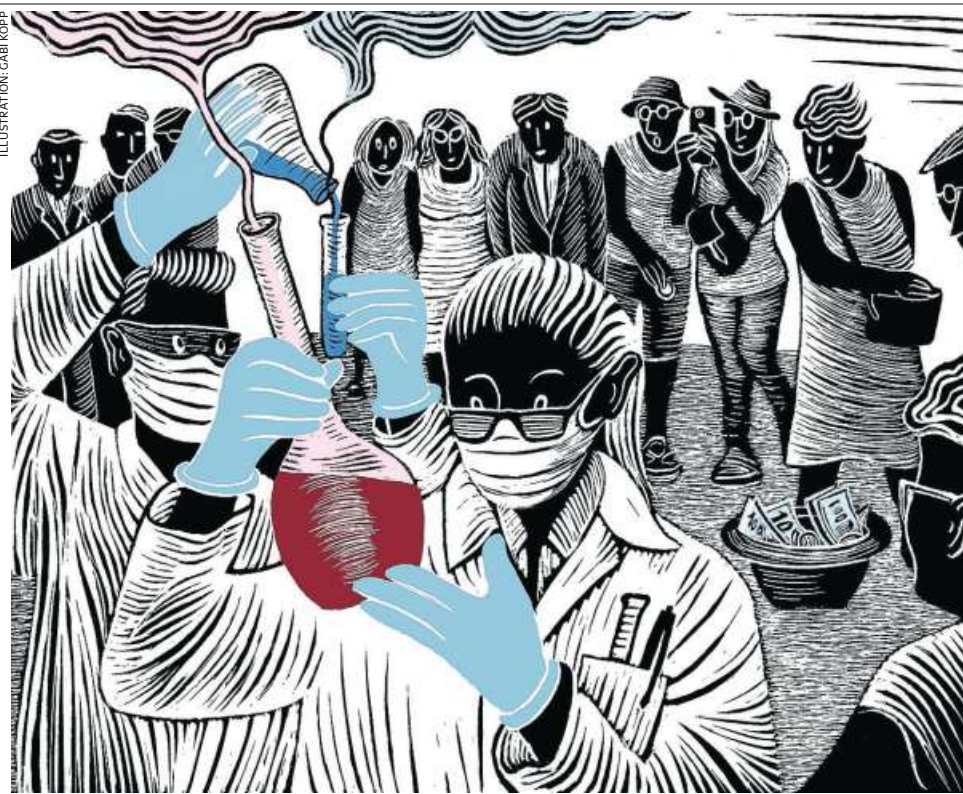
Zuoberst auf der Abschlussliste sollte das anonymisierte Begutachten von Studien für Fachzeitschriften stehen. Peer-Review, wie es im Jargon heisst, wird als Goldstandard der wissenschaftlichen Qualitätsauslese gehandelt, ist aber eher wie Bitcoin: überbewertet, missbrauchsanfällig und energieraubend. In der Corona-Krise hat sich erst gezeigt, dass Peer-Review überflüssig ist, und dann, dass es auch noch Schaden anrichtet.

Aber der Reihe nach. Kurz nach Ausbruch der Pandemie hat die Forschung auf ein Prin-

zip umgestellt, das der Soziologe Robert Merton als «kommunistisches» Ethos der Wissenschaft bezeichnet hat: Daten und Befunde wurden ohne Verzug und unter Verzicht auf persönliche Vorteile öffentlich geteilt. Das Umschalten war mit Risiken verbunden: Es fehlte nicht an Forschern, welche die Preprint-Server, wo Arbeiten vor dem Druck in einer Zeitschrift gepostet werden, mit wissenschaftlichem Totholz schwemmen und dieses auf Twitter als Durchbruch für die Pandemie-Politik anpriesen. Um zu verhindern, dass Studien gesundheitlichen Schaden anrichteten oder Forscher auf falsche Fährten lockten, musste die Spreu rasch vom Weizen getrennt werden. Das ging nicht ohne schonungslose Diskussionen unter Fachleuten in aller Öffentlichkeit.

Die öffentliche Kritik hat sich als genauso wichtig erwiesen wie das Experimentieren an der Erkenntnisfront. Beeindruckend ist, wie sie Disziplinengrenzen übersteigt und Hierarchien einebnet. Dass der grosse Virologe Christian Drosten für seine Kinderstudie von jungen Statistikern kritisiert wurde, ist eine Auszeichnung, kein Armutszeugnis für die Wissenschaft.

So entstand in der Corona-Krise eine neue Norm für das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik: Forschungsergebnisse dürfen Eingang in die politische Beratung finden, sobald sie sich im Stresstest der öffentlichen Expertenkritik bewährt haben. Dadurch droht Peer-Review-Zeitschriften ein Bedeutungsverlust. Es fragt sich, wozu es noch anonyme Gutachter braucht, wenn öffentliche Kritiker bereits ganze Arbeit geleistet haben. Versuchen Zeitschriften aber, die neue Norm zu unterlaufen, indem sie Autoren von Preprints abraten, trifft sie der Vorwurf, die öffentliche Diskussion



Peer-Review, wie es im Jargon heisst, wird als Goldstandard gehandelt, ist aber eher wie Bitcoin: überbewertet, missbrauchsanfällig und energieraubend.

neuer Befunde zu verzögern. Noch ärger wird es für sie, wenn ihre Aufsätze, versehen mit dem «Qualitätssiegel» der Peer-Review, direkt die Gesundheitspolitik beeinflussen, bevor die öffentliche Kritik gravierende Mängel an ihnen zutage fördert.

Genau dieser Fall hat vor kurzem einen GAU in der Corona-Forschung ausgelöst. Es geht um zwei Aufsätze in medizinischen Top-Journals. Einer betrifft das von Donald Trump gepriesene und geschluckte Malaria-mittel. Der anonym begutachtete Befund, es schade viel mehr, als es nütze, führte zum Stopp klinischer Studien und diente Journalisten als Giftpeil gegen Trump und andere Scharlatane, bevor er zum Bumerang für die Wissenschaft wurde. Kritiker hatten entdeckt, dass die benutzten Patientendaten faul, die dahinterstehende Firma dubios und das Autorennkollektiv suspekt war.

Das Versagen von Peer-Review hat System. Experimente haben gezeigt, dass Aufsatzgutachter grobe Fehler übersehen, nach Bestätigung ihrer eigenen Annahmen suchen und im Schutz der Anonymität auch einmal Rechnungen begleichen oder Resultate abzweigen. Weil Peer-Review zugleich überschätzt wird, wiegen sich viele Forscher in falscher Sicherheit und nehmen publizierte Befunde für bare Münze, anstatt sie kritisch zu durchleuchten. Der sogenannte Goldstandard hat haufenweise Ramsch mit langanhaltendem Glanz hervorgebracht. Dagegen hilft nur eins: aus der Not der Corona-Forschung eine Tugend machen. Alle Aufsätze zählen erst etwas, wenn sie durchs Fegefeuer der öffentlichen Kritik gegangen und für valide befunden worden sind.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.

Medienkritik

Moralismus stürzt keine Autokraten



Felix E. Müller

Schon immer neigten die deutschen Medien zu Faktenfaulheit und Meinungssehnsucht. Erst die Amerikaner haben ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg den modernen Journalismus beigebracht. Dieser trennt Fakten von Meinungen. «Sagen, was ist!», hiess das Leitmotiv des damals neu gegründeten «Spiegels».

Nun möchte ausgerechnet ein Autor des Hamburger Magazins dies beenden. Er bezeichnet den Journalismus nach US-Vorbild als Neutralitätsjournalismus. Die Prinzipien der Faktentreue und Ausgewogenheit führten bloss dazu, dass etwa Donald Trump unnötigerweise eine zusätzliche Plattform erhalte. Der Journalismus der Zukunft sei der Bekenntnisjournalismus. Es gehe darum, Meinungen und Haltungen zu transportieren. Im Fall des «Spiegel»-Autors dürfte es sich um die Themenpalette des linken deutschen Moralismus handeln: Trump, Islamophobie, Flüchtlinge.

Dem Mann vom «Spiegel» sind zwei gravierende Denkfehler unterlaufen: Faktenjournalismus ist nicht Neutralitätsjournalismus. Fakten sind nie neutral. Aber erst, wenn man weiss, was ist, lässt sich auch eine begründete Meinung äussern, die möglicherweise andere überzeugt. Wer die Faktensuche aufgibt, repetiert mit seinen Bekenntnissen vorgefertigte Bilder oder Zerrbilder dieser Welt.

Denkfehler zwei besteht darin anzunehmen, dass mit Bekenntnisjournalismus einem Mann wie Trump besser beizukommen sei. Das Gegenteil ist der Fall: Es fällt diesem nur noch leichter, solche Aussagen als ideologische Stimmungsmache vom Tisch zu wischen.

Würden die Medien der Forderung aus Hamburg folgen, gäben sie den Anspruch auf, die Mächtigen kontrollieren zu wollen. Sie wären bloss noch bestrebt, sich moralisch über diese zu erheben. Doch damit hat man noch nie einen Autokraten gestürzt.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des Swiss Economic Forum und publizistisch tätig.

51 Prozent

Wenn Männer vergewaltigt werden



Nicole Althaus

Die Enthüllungen in der Zürcher Männermodelszene folgen demselben Muster wie der Skandal um Harvey Weinstein vor drei Jahren: Kaum machten «Blick» und «20 Minuten» diese Woche die Missbrauchsvorfälle gegen einen 33-jährigen Agenten öffentlich, teilten immer mehr junge Männer ihre eigenen Erfahrungen mit dem Verdächtigen mit. Und wie damals in Hollywood fragt man sich heute in der Zürcher Modeszene: Hat wirklich niemand im kleinen Fashionzirkel, in dem nun wirklich jeder jeden kennt, etwas davon gewusst? Und: Warum haben die Opfer bloss so lange geschwiegen?

Das Déjà-vu im Kleinstformat ist nicht erstaunlich. Wer dachte, so etwas könne nur

in Hollywood passieren, ist so naiv wie all jene, die glaubten, nur Frauen könnten Opfer sexuellen Missbrauchs werden. Und nur Frauen kennen Gefühle wie Scham, Ohnmacht, Sprachlosigkeit. Die Wahrheit ist: Die Dunkelziffer ist bei männlichen Opfern noch grösser als bei weiblichen. Gerade deshalb sind die offenen Schilderungen der jungen Models ein emanzipativer Akt: «Ich habe es dann über mich ergehen lassen, konnte nicht einfach davonlaufen», erzählte ein 22-jähriger Mann dem «Blick» und gestand, dass er sich an der Autobahnraststätte Würenlos mit einer Wasserflasche geduscht habe, so «schmutzig» habe er sich danach gefühlt. Ein heute 26-jähriger Mann erinnerte sich an seine Ohnmacht: «Als ich mitten in der Nacht aufwachte, war er in mir drin. Ich war in Schockstarre und konnte nur noch fragen, ob er wenigstens ein Kondom benutzt.» Das Opfer war damals 17 Jahre alt.

Es ist ein doppeltes Tabu, das die Models mit ihren Vorwürfen an den Zürcher Agenten - mittlerweile ermittelt auch die Staatsanwaltschaft gegen ihn - demontieren: Der sexuelle Missbrauch verletzt nämlich nicht nur ihre körperliche Integrität, sondern auch

das heteronormative Bild von Männlichkeit in unserer Gesellschaft. Studien zeigen, dass die herrschende Rollenerwartung männliche Missbrauchsoffer doppelt belastet: Im Dilemma zwischen Männer- und Opferrolle neigen sie zur Identifikation mit dem Aggressor; keinesfalls wollen sie sich als Schwächling oder Homosexueller sehen müssen. Kommt dazu, dass auch in der Öffentlichkeit die Meinung noch weit verbreitet ist, ein rechter Mann könne nicht Opfer werden.

«Vergewaltigung ist nicht nur das am meisten gegenderte Verbrechen, sondern auch das Verbrechen, das uns am meisten gendert», schreibt die Kulturwissenschaftlerin Mithu M. Sanyal. Tatsächlich hat der Diskurs über sexuelle Gewalt die Rollenzuschreibung lange Zeit eher verstärkt, als dass er sie hinterfragt hätte. So lernten Generationen von Frauen, dass ein kurzer Rock bereits genüge, um mitschuldig zu werden. Männer stempelte diese Sichtweise zu triebgesteuerten Wesen ab, und ein solches ist niemals Opfer. Dazu kommt der feministische Diskurs vergangener Jahrzehnte, der sexuelle Gewalt sehr pauschal mit einem Gewaltverhältnis zwischen den Geschlech-



Studien zeigen, dass die herrschende Rollenerwartung männliche Missbrauchsoffer doppelt belastet.

tern gleichgesetzt hatte. Lust, vorab die Lust an der Penetration, galt als männlich.

Die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Vergewaltigung zeigt sich bis in das Strafrecht hinein. So schützte in der germanischen Rechtstradition das Vergewaltigungsverbot bloss die weibliche Ehre, nicht die körperliche Integrität. Das erklärt, warum in der Schweiz erzwungener Sex mit der Ehefrau bis 1997 legal war oder weshalb ein Mann bis heute nicht vergewaltigt werden kann. Das Schweizer Strafrecht definiert Vergewaltigung nämlich als erzwungenen vaginalen Geschlechtsverkehr. Wird ein Mann oder eine Frau anal vergewaltigt, gilt das bloss als sexuelle Nötigung.

Das soll sich nun ändern: Bundesrat und Parlament sind daran, den Tatbestand der Vergewaltigung auszuweiten und auf Männer auszudehnen sowie die Mindeststrafe zu erhöhen. Das ist eine längst fällige Revision des strafrechtlichen Männlichkeitsbildes und der damit verbundenen Ahndung der Verletzung sexueller Integrität.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».